

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Kapitel Grundlegung	1
§ 1 Problemaufriss.....	3
§ 2 Gang der Untersuchung.....	7
2. Kapitel Sachenrechtliche Wirksamkeit.....	9
§ 1 Meinungsstand	11
A. Österreich.....	11
I. Überwiegende Auffassung: sachenrechtliche Unwirksamkeit	11
1. Schrifttum	11
2. Rechtsprechung.....	14
II. Gegenansicht und differenzierende Lösungen	15
B. Deutschland.....	18
I. Gesetzeslage und Prinzipien der Übereignung.....	18
II. Behandlung des einseitig erklärten Eigentumsvorbehalts	20
§ 2 Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung	25
A. Spontane Rechtsangleichung und deren Triebfeder	25
B. Institutionell verfolgte und zentral gesteuerte Rechtsvereinheitlichung	28
I. Initiativen auf europäischer Ebene	28
1. Nicht vollendete Vereinheitlichungsvorhaben.....	30
2. Zahlungsverzugs-Richtlinie.....	33
a. Richtlinienvorgaben und Umsetzung	33
b. Entstehungsgeschichte	36
3. Europäische Insolvenzverordnung	39
4. Draft Common Frame of Reference	44
a. Allgemeines zum DCFR und zur Regelung des Eigentumsvorbehalts	44

b. Einseitig erklärter Eigentumsvorbehalt unter dem Regime des DCFR	46
II. Über- und außereuropäische Vereinheitlichungsbestrebungen ...	50
1. Einheitliches UN-Kaufrecht	50
2. Haager Übereinkommen über das auf internationale Kaufverträge über bewegliche Sachen anwendbare Recht	52
3. Unidroit-Konvention über internationale Sicherungsrechte an beweglicher Ausrüstung	53
C. Gesamtbefund	55
§ 3 Suche nach dem Problemerkern	59
A. Vergleichbarkeit der österreichischen und deutschen Rechtslage	59
I. Eckpunkte des derivativen Eigentumserwerbs: Trennungsprinzip, kausale Tradition und Abstraktionsprinzip ..	60
II. (Fehlende) Bestandskraft der dinglichen Einigung	62
III. Zwischenresümee	63
B. Wesen der dinglichen Einigung	64
I. Entwicklung und rechtshistorische Vorbemerkungen	64
II. Ist die dingliche Einigung frei widerrufbar? – Positionsbestimmung	68
1. Wechselwirkung von Abstraktionsprinzip und Widerrufbarkeit der dinglichen Einigung	68
a. Vorüberlegungen	68
b. Schutzziel und Wirkungsweise des Abstraktionsprinzips ..	69
c. Korrektur und Abmilderung nicht hinreichend differenzierender Ergebnisse	71
d. Resümee: Widerrufbarkeit der dinglichen Einigung als Abmilderung des Abstraktionsprinzips	74
2. Rechtfertigung der Bindungswirkung der dinglichen Einigung – Meinungsstand	75
a. Die These vom Vertragscharakter	76
b. Argumente für die Widerrufbarkeit der dinglichen Einigung	77
III. Stellungnahme: Kritik an der Vertragsthese	80
1. Vorüberlegungen: Bindungswirkung von Rechtsgeschäften im Allgemeinen	80
2. Inhalt der dinglichen Einigung und dadurch begründetes Vertrauen	82
a. Wesen und Inhalt der dinglichen Einigung: unmittelbare Änderung der Rechte	82
b. Übergabe als Wirksamkeitsvoraussetzung	85
c. Berechtigung des Verfügenden im Zeitpunkt der Übergabe als Wirksamkeitsvoraussetzung	89
IV. Auswertung und Kontrollüberlegungen	94
1. Rekapitulation	94

2. Kontrollfrage 1: gesetzlich angeordneter Vertrauensschutz für den gutgläubigen Mobiliärerwerb	96
3. Kontrollfrage 2: gesetzliche Wertung der Konvaleszenzregel	97
4. Kontrollfrage 3: dingliche Einigung und Widerrufbarkeit beim grundbücherlichen Erwerb	100
a. Intabulationsprinzip und Verfügungsgeschäft beim bücherlichen Erwerb nach österreichischem Recht	101
b. Verfügungsgeschäft beim bücherlichen Erwerb nach deutscher Rechtslage	102
c. Zweiseitigkeit des Verfügungsgeschäfts als Voraussetzung für den Erwerb bücherlicher Rechte?	104
d. Zustandekommen und Widerrufbarkeit der dinglichen Einigung beim Erwerb bücherlicher Rechte	111
e. Resümee und Implikationen für die Rechtspraxis des bücherlichen Erwerbs	116
5. Kontrollfrage 4: Widerrufbarkeit der dinglichen Einigung und sachenrechtliches Traditionsprinzip	118
§ 4 Schlussfolgerungen und Würdigung	123
3. Kapitel Wirkung in der Insolvenz	127
§ 1 Problemstellung und gesetzliche Regelung	129
A. Ausgangslage und Eingrenzung der Fragestellung	129
B. Normalfall: Zug-um-Zug-Leistungspflicht des Vertragspartners	131
C. Problemfall: Vorleistungspflicht des Vertragspartners	140
I. Unsicherheitseinrede	140
II. Keine Unsicherheitseinrede	141
§ 2 Meinungsstand	145
A. Österreich	145
I. Vorherrschende Ansicht	145
II. Bollenbergers Begründung	146
III. Ablehnender Ansatz von Schoditsch	148
IV. Rechtsprechung	149
B. Deutschland	151
I. Rechtslage	151
II. Schrifttum und Rechtsprechung	153
§ 3 Stellungnahme	155
A. Standortbestimmung und tangierte Regelungsprinzipien	155
B. Schutz aus § 1052 ABGB infolge Fälligwerden der Insolvenzforderung	157
C. Suche nach dem Problemkern: Analyse der kollidierenden Regelungsprinzipien	160
I. Synallagmaschutz als Schlüsselfrage	160

II. Schutz des Synallagmas	161
1. Synallagmatische Verträge und Fallgruppen des Synallagmaschutzes	161
2. Synallagma und Vorleistungspflicht – Bestandsaufnahme.....	164
a. Erstbefund: Vorleistungspflicht für Schutz des Synallagmas irrelevant	164
b. Zwei Scheinausnahmen: Art 8 Nr 21 4. EVHGB und § 1052 ABGB	164
c. Besondere Schutzwürdigkeit infolge Vorleistungspflicht....	167
3. Auswertung und Erklärungsversuche	176
a. Zwischenresümee: kein homogenes Bild für den Synallagmaschutz bei Vorleistungspflicht	176
b. Erster Erklärungsversuch: zusätzliches Differenzierungskriterium rechtfertigt Verschiedenbehandlung?	177
c. Zweiter Erklärungsversuch: Einredeentfall bei Vorleistungspflicht losgelöst vom Synallagmagedanken.....	178
4. Resümee und Schlussfolgerungen	186
a. Vorleistungspflicht lockert das Synallagma nicht	186
b. (Verstärkter) Synallagmaschutz zugunsten des vorleistungspflichtigen Vertragspartners, solange er etwas „in Händen hält“	188
c. Fazit: vorleistungspflichtiger Vertragspartner ist besonders schutzwürdig.....	191
III. Sonstige Regelungsprinzipien und ihre Berührungspunkte mit dem Synallagmaschutz	192
1. Methodische Ausgangsüberlegungen	192
2. Relevante Bauprinzipien des Insolvenzrechts	193
a. Maxime der optimalen Masseverwertung	195
b. Friedensfunktion und Gläubigergleichbehandlung	199
3. Relevante Prinzipien des allgemeinen Privatrechts	200
a. Vertragstreue	200
b. Gläubigergewahrsame und Vertrauensschutz	201
§ 4 Auflösung der Prinzipienkonflikte	203
A. Vertragstreue versus Maxime der bestmöglichen Gläubigerbefriedigung	203
I. Befund: graduelle Lockerung der Vertragstreue	203
II. Deutungsversuche: Suche nach den Determinanten für die graduelle Lockerung der Vertragstreue	207
1. Variierende Kraft der Vertragstreue?	207
2. Wechselndes Gewicht der Maxime der bestmöglichen Gläubigerbefriedigung?	209
3. Schutz (überindividueller) Verkehrsinteressen: anwachsendes Vertrauen auf den Haftungsfonds des Vertragspartners	210
III. Ergebnisse	218

B. Synallagmaschutz versus insolvenzrechtliche Regelungsprinzipien....	219
I. Formen der Beeinträchtigung des Synallagmas: materieller und prozessualer Synallagmaschutz.....	219
II. Materieller Synallagmaschutz versus Maxime der optimalen Masseverwertung	222
1. Überblick.....	222
2. Erweiterung des rechtlichen Bewegungsspielraums des Insolvenzverwalters	223
3. Verstärkte Bindung des Vertragspartners	225
4. Zwischenresümee.....	227
III. Prozessualer Synallagmaschutz versus Gläubigergleichbehandlung	228
1. Einstieg: prozessualer Synallagmaschutz und Gläubigergleichbehandlung.....	228
2. Abgrenzung der relevanten Fallkonstellationen	229
3. Abwicklungsansprüche infolge Erneuerung von erloschenen Offerten, Vertragseintritt und Fortsetzung von Bestandverhältnissen	230
4. Surrogatansprüche infolge Erfüllungsablehnung oder Kündigung von Bestandverhältnissen (§ 21 Abs 1, § 23 IO)....	231
5. Abwicklungsansprüche bei vollständiger Erfüllung durch den Vertragspartner	234
6. Zwischenresümee.....	234
IV. Ergebnisse.....	235
C. Gläubigerprivilegierung infolge Gläubigergewahrsame versus Gläubigergleichbehandlung	237
I. Befund: „In-Händen-Halten“ eines Vermögenswerts als insolvenzrechtlich relevantes Tatbestandsmerkmal.....	238
1. „In-Händen-Halten“ und Gläubigergewahrsame	238
2. Gläubigerprivilegierung mittels Durchbrechung der Gläubigergleichbehandlung.....	239
3. Gläubigerprivilegierung auf anderem Weg	244
4. Resümee und Kontrollüberlegungen.....	246
a. Zwischenergebnisse.....	246
b. Sonderfall: Insolvenz des Bestandnehmers	248
II. Erster Erklärungsansatz: Schutz für überindividuelles Vertrauen auf Zugehörigkeit zum Haftungsfonds	250
1. Publizität der dinglichen Sicherungsrechte und überindividuelles Vertrauen.....	250
2. Publizität der Sicherheiten infolge Gläubigergewahrsame (Aufrechnungslage/Differenztheorie/Zurückbehaltungsrecht/ Verfolgungsrecht)?.....	255
3. Zwischenresümee.....	258
III. Zweiter Erklärungsansatz: Schutz für individuelles Gläubigervertrauen auf die fortbestehende Zugehörigkeit zum Haftungsfonds	258

1. Ausgangspunkt: Faustpfand als Mittel der Dispositionsentziehung	258
2. Schwächen und Ergänzung des klassischen Verständnisses vom Faustpfandprinzip	265
a. Sicherung des Gläubigers als Zweck des Faustpfandprinzips	265
b. Schwache und ungewollte Indizwirkung der Besitzverhältnisse	266
c. Zulässigkeit der Verpfändung durch Zeichen.....	266
d. Rechtfertigung des Absonderungsrechts.....	268
e. Exkurs: Forderungsverpfändung und Sicherungszession	274
f. Fazit.....	275
3. Verallgemeinerungsfähigkeit: Gläubigerprivilegierung infolge Dispositionsentziehung	276
a. Vertrauen auf (fortbestehende) Zugehörigkeit zum schuldnerischen Haftungsfonds abseits des Pfandrechts	276
b. Aufrechnungslage.....	280
c. Zurückbehaltungslage.....	282
d. Verfolgungsrecht.....	285
4. Resümee	291
IV. Kontrollüberlegungen: Gläubigerprivilegierung infolge Dispositionsentziehung im Gesamtsystem der insolvenzfesten Gläubigerpositionen.....	293
1. Das Problem: insolvenzfeste Gläubigerposition ohne Gewahrsamsübertragung/Dispositionsentziehung/Publicität..	293
2. Bisherige Ansätze.....	297
3. Eigener Lösungsversuch: Gefährdung des Befriedigungsrechts infolge (fehlenden) Schuldneigentums reduziert.....	301
4. Ungelöste Sonderfälle	307
a. (Schlichter) Eigentumserwerb durch Besitzkonstitut.....	307
b. Treugeber und Kommittent.....	312
5. Fazit.....	318
V. Ergebnisse.....	319
§ 5 Zusammenschau und Relevanz der Vorleistungspflicht.....	323
A. Auswertung der Prinzipienabwägungen	323
I. Ausgangslage.....	323
II. Bisherige Ergebnisse und vorläufige Schlussfolgerungen	325
B. Erweiterung des Prinzips der Gläubigerprivilegierung infolge Gläubigergewahrsame	329
I. Vorleistungs-/Kreditierungspflicht und Dispositionsentziehung .	329
II. Schlicht unberechtigte und qualifiziert unberechtigte Gläubigergewahrsame.....	331
1. Ausgangsüberlegungen/Differenzierungsbedarf.....	331
2. Aufrechnungslage.....	332
3. Zurückbehaltungslage.....	337
a. Vergleich mit Aufrechnungslage.....	337

b. Schutz des innehabenden Gläubigers vor exekutiven Zugriffen.....	341
4. Zwischenresümee und Erklärungsansatz	344
III. Erweiterter Schutz bei konkreter Gefährdung – Notsicherungsbehelfe	346
1. Vorüberlegungen.....	346
2. Zweitverbot durch einstweilige Verfügung	348
3. Notzurückbehaltungsrecht	350
4. Erweiterte Aufrechnungsmöglichkeiten in der Insolvenz.....	354
5. Verfolgungsrecht.....	356
IV. Zwischenresümee und Schlussfolgerungen.....	358
1. Auswertung: Gläubigerprivilegierung infolge Gläubigergewahrsame in Notlagen	358
2. Weitere Schlussfolgerungen und Kontrollüberlegungen	367
a. Undurchsetzbarkeit von Kreditzusagen in der Krise	367
b. Verhältnis zur allgemeinen Unsicherheitseinrede	372
V. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsausschlüsse – qualifiziert unberechtigte Gläubigergewahrsame	374
1. Ausgangslage.....	374
2. Eigenmächtig oder listig entzogene Sachen.....	376
3. Entlehnte, in Verwahrung oder in Bestand genommene Sachen	378
4. Besondere Sachwidmung.....	382
VI. Ergebnisse.....	383
C. Denkbare Einwände gegen die Privilegierung des Vorleistungspflichtigen.....	385
I. Einleitung	385
II. Kein Vorteil aus eigenem rechtswidrigen Verhalten	386
III. Kürzung der Masseforderung qua Schadenersatz.....	389
D. Behandlung des einseitig erklärten Eigentumsvorbehalts in der Käuferinsolvenz	390
4. Kapitel Insolvenzanfechtung	395
§ 1 Ausgangsüberlegungen	397
A. Problemstellung	397
B. Rechtslage und Überblick	399
§ 2 Anfechtbarkeit des einseitig erklärten Eigentumsvorbehalts	403
A. Allgemeine Anfechtungsvoraussetzungen.....	403
B. Rechtshandlungen des Verkäufers	407
I. Vorüberlegungen: aktives Tun und Unterlassen.....	407
II. Unterlassung der Rechtsübertragung	407
III. Vorbehaltserklärung/Widerruf der dinglichen Einigung	411
1. Anfechtbare Rechtshandlung.....	411
2. Anfechtung wegen objektiver Begünstigung.....	411
a. Anfechtungstatbestand.....	411

b. Gläubigerdeckung bei Erfüllungsablehnung	413
c. Gläubigerdeckung bei Vertragseintritt	416
d. Zeitlicher Rahmen	417
3. Anfechtung wegen Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit	421
a. Anfechtungstatbestand	421
b. Gläubigerdeckung	422
c. Zeitlicher Rahmen	422
IV. Fazit und Inhalt des Anfechtungsanspruchs	423
C. Rechtshandlungen des Käufers	426
I. Anfechtbare Rechtshandlung	426
II. Anfechtungstatbestand	429
III. Zeitlicher Rahmen	430
§ 3 Gesamtbetrachtung und Würdigung	433
Wesentliche Ergebnisse	437
Literaturverzeichnis	445
Sachverzeichnis	485